

HERAUSGEGEBEN VOM ZENTRALRAT DER FDJ
NR. 59 - 1. MAI 2013 - 1 EURO

FANFARE



DAS INFOBLATT DER
FREIEN DEUTSCHEN JUGEND



"DAS JAHR 2013
KÖNNTE EIN VORKRIEGSJAHR WERDEN,
WIE DAS JAHR 1913, WO ALLE MENSCHEN AN FRIEDEN GLAUBTEN,
BEVOR DER KRIEG KAM" (JEAN-CLAUDE JUNCKER, "KURIER" 13.01.13)

EUROPA BEGINNT ZU BRENNEN

STOPPT DIE DEUTSCHEN BRANDSTIFTER

Inhalt

<i>Jugend kämpft vereint gegen Deinen größten Feind - die Ausbeuterklasse!</i>	... Seite 3
<i>Was ist der Bruch des Hausfriedens gegen den Bruch des Weltfriedens? Zu Gast bei BASF</i>	... Seite 6
<i>Keine Zusammenarbeit von DGB und Bundeswehr</i>	... Seite 7
<i>Stellungnahmen der Frauenfriedenskonferenz und der IG Metall Gegen die geplante gemeinsame Erklärung von DGB und Bundeswehr</i>	... Seite 10
<i>Die Arbeiterklasse kämpft gegen die Remilitarisierung und für den Frieden</i>	... Seite 11
<i>Das Militär übernimmt immer weiter das Kommando Knirpse in den Krieg kuscheln Und weitere Fakten zum Staatsumbau</i>	... Seite 14
<i>Brecht über Faschismus</i>	... Seite 16
<i>Zwischen Zwangsmaßnahme und Leiharbeit Über die Lage der Jugend in Ausbildung und Betrieb</i>	... Seite 17
<i>Wie die Humboldt-Universität gewendet wurde Erinnerungen des ersten frei gewählten Rektors</i>	... Seite 18
<i>Kommt zum Prozess</i>	... Seite 19
<i>Das chinesische Volk befreit sich</i>	... Seite 20
<i>Der Schoß ist fruchtbar noch</i>	... Seite 26
<i>Weltfestspiele 2013 in Quito/Ecuador</i>	... Seite 27
<i>17. Juni 1953 - mehr als nur eine Akkorderhöhung</i>	...Seite 27
<i>„Ich wurde befreit, indem ich in sowjetische Kriegsgefangenschaft geriet“ Zum 8. Mai. Im Andenken an den Genossen Georg Dorn</i>	... Seite 28
<i>Wir dokumentieren: Ein Schulflugblatt</i>	... Seite 30

Keine Zusammenarbeit von DGB und Bundeswehr!

Bei der Masse der arbeitenden Männer und Frauen liegt die Entscheidung über Sein oder Nichtsein des heutigen Militarismus.

Rosa Luxemburg (1871–1919)

„Das sind die ersten Signale für alle Gewerkschafter, für die ganze Arbeiterschaft. Sie zeigen, wie die Großkapitalisten mit allen Mitteln versuchen, die Gewerkschaften für ihr Programm der Aufrüstung einzuspannen. Die Herren der Banken und der Industrie wissen sehr wohl, dass sie ihre arbeiterfeindlichen Absichten niemals gegen den Willen der einheitlich handelnden Arbeiter, gegen die Gewerkschaften durchführen können. (...) Wenn es nach den Plänen der Unternehmer ginge, würden sie aus unseren freien Gewerkschaften eine Deutsche Arbeitsfront machen.“¹

Europa und die Welt sind weiterhin fest im Griff der dritten Weltwirtschaftskrise des Kapitalismus. Während Angela Merkel und die Deutsche Bank Griechenland und die anderen Völker Europas weiter in den Ruin treiben, bemerkt ihr Finanzminister Wolfgang Schäuble lediglich: „Die Reformen trügen erste Früchte, (...) Das Euro-Land sei auf einem guten Weg, seine Glaubwürdigkeit wiederherzustellen. Zur Überwindung der Rezession seien allerdings weitere Anstrengungen notwendig.“ Für Herrn Schäuble und die deutschen Banken werden die Früchte ihrer Politik der „Euro-Rettung“ in der Tat immer fetter. Sie haben bis Mai 2011 alleine aus Griechenland 10 Mrd. Euro² für Zinszahlungen herausgepresst. „Mit jedem weiteren Rettungspaket erhöht sich auch der deutsche Zinsgewinn“³ Die Generalstreiks und Massendemonstrationen, in nahezu fast jedem Land (außer Hierzulande), zeigen dass die Völker immer weniger bereit sind sich dem Diktat aus Berlin zu unterwerfen. In Italien fragt die Zeitung „il Giornale“ ob die Deutschen „nach zwei Weltkriegen mit Millionen von Toten (...) immer noch nicht genug“⁴ hätten.

Der Frieden in Europa- ein Frieden der zum Krieg führt

Die Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD prognostiziert bereits den „Totalzusammenbruch der Eurozone“ der das Potential habe die Feindseligkeiten zwischen den Staaten auf eine neue Eskalationsstufe zu treiben.⁵ Die Anstrengungen des deutschen Imperialismus zur Überwindung der Krise in Europa und zur Stabilisierung des Euro haben weder das eine noch das andere Ziel erreicht. Im Gegenteil. Die Politik der Spardiktate, der Ausraubung der Völker unter dem Vorwand der „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit“, die Verelendung breiter Teile der Bevölkerung, die Politik der nationalen Erniedrigung und der Angriffe auf die Souveränität der europäischen Staaten, „haben den Boden für kriegerische Zusammenstöße geschaffen und den Krieg (...) auf die Tagesordnung gestellt.“⁶ Der polnische Finanzminister spricht gar von der „Gefahr eines historischen wirtschaftlichen Desasters, dass wie die große Depression der dreißiger Jahre zuletzt in Europa zum Krieg führen würde.“⁷ Luxemburgs Premieminister Jean-Claude-Junker sieht große Parallelen zwischen dem letzten Jahr vor dem ersten imperialistischen Weltkrieg und der aktuellen Situation in Europa. „Wer glaubt, dass sich die Frage von Krieg und Frieden in

Europa nie mehr stellt, könnte sich gewaltig irren. Die Dämonen sind nicht weg, sie schlafen nur. Mich frappiert die Erkenntnis, wie sehr die europäischen Verhältnisse im Jahr 2013 denen von vor 100 Jahren ähneln.“⁸

Aufrüstung und Kriegspropaganda- Für einen Platz an der Sonne!

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)⁹ wird diesbezüglich sehr konkret: Sie analysiert wie die Krise die internationale politische Lage verändert und legt in einem Artikel ihrer Zeitschrift (Internationale Politik) dar „wie Deutschlands weltpolitische Mission aussehen könnte“. Dabei wird festgestellt, 1: „Die Weltordnung befindet sich im Umbruch“ 2: Die Weltwirtschaftskrise schwächt die bisher stärkste Weltmacht, den US-Imperialismus. Die Welt wird unter den stärksten Mächten neu aufgeteilt. Wir „(...) sind wieder da, wo Europa vor dem Ersten Weltkrieg stand. Der Ausbruch eines großen Krieges wird wieder denkbar (...) Internationale Institutionen und Verträge verlieren an Geltung. (...)“ 3: Die BRD verfüge nicht über glaubhafte „militärische Machtmittel“. Sie werde deswegen als „sicherheitspolitischer Player“ nicht ernst genommen. „Machttechnisch gesehen ist dies die Achillesferse Deutschlands.“ Die BRD müsse mehr aufrüsten und intensiver unter der Bevölkerung werben „für das militärische als Mittel moderner Staatlichkeit“.¹⁰



Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer tritt gemeinsam mit dem Kriegsminister vor die Presse.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) im Angesicht des kommenden Weltkrieges.

Die deutschen Banken und Konzerne reagieren auf die nicht enden wollende Weltwirtschaftskrise mit der Forderung nach Aufrüstung und der Intensivierung der Kriegspropaganda. Seltsame Unterstützung erhält das Kapital dabei vom Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Michael Sommer. Anfang Februar folgte der Kriegsminister Thomas de Maziere der Einladung des DGB zu einer seiner Vorstandssitzungen. Kollege Sommer äußerte sich danach der Presse gegenüber: „Es war wirklich ein sehr tolles Gespräch mit einem sehr offenen Minister.“¹¹ Ein tolles und offenes Gespräch? Mit einem Kriegsminister zu einer Zeit, da die BW von Somalia bis nach Jugoslawien mit über 9000 Soldaten Krieg gegen die Völker der Welt führt. Das der Minister diese Kriegseinsätze nicht, als solche bezeichnen möchte, sondern darin Friedensmissionen sieht, ist uns klar, aber wieso widerspricht der Gewerkschaftsvorsitzende nicht, wenn Herr de Maziere Bundeswehr und Gewerkschaften als „Teil der Friedensbewegung“¹² bezeichnet? Statt dessen erklärte Kollege Sommer: „Egal, wie wir zur Frage von Auslandseinsätzen stehen“, man müsse alles dafür tun, „die Soldaten anständig auszurüsten und zu schützen“ sowie ihnen mehr „gesellschaftliche Achtung“ entgegenbringen! Weiter vereinbarte der Kriegsminister mit Sommer eine „engere Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Gewerkschaften“ und es wurde angekündigt eine gemeinsame Erklärung herauszugeben, die die „gemeinsamen Werte der beiden Organisationen“ betont. Im März 2011 hatte der DGB-Vorsitzende bereits eine Rede vor der Hamburger Bundeswehr Universität gehalten in der er behauptete dass die Kriegseinsätze des deutschen Militärs „sehr zur Entspannung des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und der Bundeswehr beigetragen hätten.“ In einer Studie über den Militärischen Schiffbau fordert die IG Metall die Ausweitung der deutschen Kriegswaffenproduktion. Der „Arbeitskreis Wehrtechnik und Arbeitsplätze“ beim Vorstand der IG Metall erklärt darin: „Das neue sicherheitspolitische Umfeld des

21. Jahrhunderts wird bestimmt von dem Konzept weltweit mobiler Streitkräfte, die flexibel an wechselnden Schauplätzen für militärische Einsätze zur Verfügung stehen. (...) In der Praxis haben alle drei Teilstreitkräfte der Bundeswehr – Luftwaffe, Heer, Marine – Einsatzaufgaben übernommen, (...) Eine in diesem Zusammenhang neue Herausforderung stellt die zunehmende Bedrohung des freien Warenverkehrs zu See durch Piraterie und Terrorismus dar (z.B. am Horn von Afrika und im Golf von Aden). Da ungefähr neunzig Prozent des Außenhandels der EU auf dem Seeweg abgewickelt werden, hat die



EU im Rahmen der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik mit der Operation „Atalanta“ und der Entsendung von Seestreitkräften reagiert.“ Für die IG Metall ist „der Erhalt der wehrtechnischen Kernfähigkeit im Marineschiffbau (...) von nationaler Bedeutung.“ Es gilt daher, „technologisch sowohl für die Einsatzfähigkeit der deutschen Marine als auch für die Exportfähigkeit der jeweiligen Produkte eine leistungsfähige Basis sicherzustellen.“¹³ Mit keinem Wort wird in diesem Dokument der Umbau der Bundeswehr zur globalen Kriegarmee kritisiert! Kein Wort der Kritik am deutschen Imperialismus. Die Notwendigkeit den Kapitalismus, auch unter Einsatz der Bundeswehr, gegen die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker zu verteidigen wird befürwortet. Mit den Grundsätzen der IG Metall hat das nichts mehr zu tun! In ihrer Satzung verpflichtet

sich die Metallgewerkschaft zu „Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung“ (§2)

Bei der Gewerkschaft ver.di sitzt die Bundeswehr mit einer sogenannten „Fachgruppe“ mitten in den eigenen Reihen. Die 2001 gegründete Gewerkschaft ver.di steht damit in der Tradition ihrer Vorgängerin, der ÖTV. Offensiv bekennen sich Teile der Gewerkschaft zum Umbau der Bundeswehr und befürworten, dass das Militär immer öfter an Schulen und Hochschulen, auf Ausbildungsmessen und in Berufsschulen für das Kriegshandwerk wirbt! „Wie der Soldat dazu da ist, Frieden und Freiheit nach außen zu garantieren, sind die Gewerkschaften in hohem Maße verantwortlich für den sozialen inneren Frieden und die friedliche Entwicklung der Gesellschaft. (...) Daher muss der Soldat zur Gewerkschaft und die Gewerkschaft zum Soldaten enge Verbindung haben.“¹⁴ Und da eine „einsatzorientierte Armee“ nicht nur „charakterfeste“, sondern vor allem „gut ausgebildete Menschen“ brauche, müsse dem Militär „wie allen anderen Arbeitgebern die Möglichkeit eingeräumt werden, sich mit Nachwuchswerbung in der Öffentlichkeit zu präsentieren“.¹⁵ Mit der aktuellen Beschlusslage, der Programmatik und Satzung von ver.di sind diese Positionen nicht zu vereinbaren. Darin heißt es: „ver.di tritt in Zusammenarbeit mit den internationalen Gewerkschaftsverbänden für die Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte, für die Achtung der Menschenwürde, für ein friedliches Zusammenleben, (...) ein. Zur Erreichung dieser Ziele dienen insbesondere: (...) Auseinandersetzung mit und Bekämpfung von faschistischen, militaristischen und rassistischen Einflüssen“ (§5)

Seit der Annexion der DDR führt der deutsche Imperialismus wieder Krieg. 2010 und 2011 hat der DGB in seinem Aufruf zum Internationalen Antikriegstag noch erklärt: „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Keine Auslandseinsätze! (...) Wir fordern Regierung und Parteien auf, den Umbau der Bundeswehr zur weltweit aktiven Interventionsarmee zu stoppen

VER.DI STEHT ZU EUCH UND ZUR BUNDESWEHR!

IG Metall und **ver.di** unterstützen die Bundeswehr und die Soldaten. Wir sind stolz auf die Bundeswehr und die Soldaten, die für den Frieden und die Sicherheit der Welt kämpfen. Wir unterstützen die Bundeswehr bei der Modernisierung und der Ausweitung ihrer Einsätze. Wir sind stolz auf die Bundeswehr und die Soldaten, die für den Frieden und die Sicherheit der Welt kämpfen. Wir unterstützen die Bundeswehr bei der Modernisierung und der Ausweitung ihrer Einsätze.

IG Metall und **ver.di** unterstützen die Bundeswehr und die Soldaten. Wir sind stolz auf die Bundeswehr und die Soldaten, die für den Frieden und die Sicherheit der Welt kämpfen. Wir unterstützen die Bundeswehr bei der Modernisierung und der Ausweitung ihrer Einsätze. Wir sind stolz auf die Bundeswehr und die Soldaten, die für den Frieden und die Sicherheit der Welt kämpfen. Wir unterstützen die Bundeswehr bei der Modernisierung und der Ausweitung ihrer Einsätze.

(..).“ bzw. „Der Einsatz in Afghanistan ist der Vorbote für weitere Auslandseinsätze der Bundeswehr. Ihre Neuausrichtung zur Interventionsarmee lehnen wir ab.“ Wie kann Kollege Sommer da dann heute behaupten die Gewerkschaften hätten mit der Kriegspolitik der Bundesregierung und dem Umbau der Bundeswehr zu einer weltweiten Angriffsarmee ihren Frieden geschlossen?

Wie hält es Herr Sommer mit der Tatsache, dass die Bundeswehr auch im Inland eingesetzt wird und den Einsatz gegen streikende Arbeiter übt? Als 2007 beim G8-Gipfel in Heiligendamm das Militär mit Spähpanzern



Soldaten des Jagdbattalion 292 bei der Ausbildung gegen Demonstranten“ (Europäische Sicherheit 02/2007)- Alle Demonstranten tragen Blaumann!

und Tornados gegen die Demonstranten eingesetzt wurde erklärte der DGB: „Für den DGB ergibt sich insgesamt der Eindruck, dass mit dem Vorgehen beim G 8-Gipfel Fakten geschaffen werden sollten. Es handelt sich um eine vorweggenommene Praxis von Bundeswehr-Einsätzen im Inland und nach unserer Meinung um einen gezielten Versuch die Koordinaten der Verfassung zu verschieben. Vor diesem Hintergrund befürchtet der DGB eine schrittweise Aushöhlung von Grund- und Bürgerrechten und fragt, ob auch Gewerkschaften in Zukunft die militärische Überwachung ihrer Großdemonstrationen aus der Luft fürchten müssen.“ Die IG Metall- Jugend hat, auf einer ihrer Bundesjugendkonferenzen, klar festgestellt, dass „der Einsatz von Streitkräften im inneren“ in diesem Land eine „blutige Tradition“ hat. „Gerade als Gewerkschafter/-innen müssen wir fürchten, dass die Pläne, die Bundeswehr zum Schutz kritischer Infrastruktur einzusetzen sich auch gegen Arbeitskämpfe richtet. Das würde einen Einsatz der Bundeswehr gegen Streiks ermöglichen.“

Die Bundeswehr steht Gewehr bei Fuß.

Für den Krieg gegen die Völker der Welt. Wird auch gegen unsere Brüder und Schwestern, gegen unsere Freunde in den europäischen Ländern der deutsche Soldatenstiefel in Bewegung gesetzt, wenn sie nicht mehr bereit sind in einem Europa der deutschen Banken und Konzerne zu leben?

Wieso schweigt die Gewerkschaftsführung wenn Frau Merkel zumindest schon mal ankündigt: „Niemand sollte glauben, dass ein weiteres halbes Jahrhundert Frieden und Wohlstand in Europa selbstverständlich ist. Es ist es nicht!“¹⁶

Jedes mal, wenn die Monopole und ihre Regierung „Deutschland zu neuer Stärke“¹⁷ führen wollten, endete es für uns auf Schlachtfeldern

und in Massengräbern.

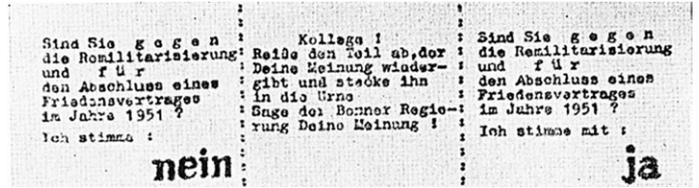
Was werden wir unseren Kindern und unseren Kollegen auf der ganzen Welt antworten, wenn sie uns fragen warum wir das ein drittes Mal zugelassen haben?

Am 2. Mai vor 80 Jahren stürmten die Nazis die Gewerkschaftshäuser. Lehrt uns unsere eigene Geschichte nicht, dass es für uns nichts zu retten gibt, nichts verhindert werden kann, wenn wir unsere Organisationen unseren Henkern überlassen?

**Der Prolet bezahlt die Niederlage
Der Prolet bezahlt den Sieg.
Drum planen sie bis zum Jüngsten Tage
Mit ihm noch manchen blutigen Krieg.**

**Dreck euer Krieg!
So macht ihn doch allein!
Wir drehen die Gewehre um
Und machen einen anderen Krieg.
Das wird der richtige sein.**

(aus „Krieg eurem Krieg“ von Bertolt Brecht)



Stimmzettel des Braunschweiger Volksbefragungsausschusses für die in Westdeutschland verbotene Volksbefragung gegen Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages, 1951

1) „Macht die Gewerkschaften stark!“ Offener Brief des Parteivorstands der KPD an alle Gewerkschafter, November 1955

2) Financial Times Deutschland, „Der Sündige Grieche rechnet sich“ 20.05.2011

3) Wirtschaftswoche 9.10.2012 „Profittiert Deutschland von der Euro-Krise?“

4) FAZ 07.08.2012 „Antideutsche Stimmung kocht in Italien hoch“

5) German Foreign Policy 20.03.2013 „Die Perspektiven der Krise“

6) Stalin- Fragen des Leninismus, Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag 1934

7) Telepolis 25.11.2011 „Deutschlands Rolle beim Selbstmord Europas“

8) Spiegel-Online 10.03.2013 „Junker spricht von Kriegsgefahr in Europa“

9) Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) ist ein Think-Tank des deutschen Imperialismus. Ihr Geschäftsführer ist der Chef des Oetker Konzerns der neben vielen weiteren Ämtern auch zweiter Präsident des Bundes der deutschen Industrie und stellvertretender Vorsitzender der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände ist. Zu den größten Förderern der Gesellschaft gehört die BMW-Stiftung Herbert Quandt, die Robert Bosch-Stiftung, EADS, die Fritz-Thyssen-Stiftung, die Deutsche Bank, der Ostausschuss der deutschen Wirtschaft, Daimler Benz AG, der Rüstungskonzern Rheinmetall, sowie weitere Konzerne und das Auswärtige Amt

10) Internationale Politik „Pfeiler der Freiheit- Wie Deutschlands weltpolitische Mission aussehen könnte“ 01.05.2012

11) Neues Deutschland 06.02.2013 „DGB jetzt Teil der Truppe“

12) ebenda

13) „Perspektiven der deutschen militärischen Schiffbaukapazitäten im europäischen Kontext“ Arbeitskreis Wehrtechnik und Arbeitsplätze beim Vorstand der IG Metall

14) ÖTV: Informationen für Soldaten (Januar 1979). In: Gewerkschaften und Bundeswehr. Das Verhältnis des DGB zum Militär und die Organisation von Soldaten. Militärpolitik Dokumentation, Heft 23/24, 5. Jg., 1981

15) Verdi und Bundeswehr - das geht doch! Verdi Mainletter 3/2011

16) Regierungserklärung von Kanzlerin Merkel zum Europäischen Rat und zum Eurogipfel 26.10.2011

17) Regierungserklärung Angela Merkel zur Krise 2009

Die FDJ dokumentiert: Aufruf der Frauenfriedenskonferenz zum Treffen Michael Sommer/Thomas de Maiziere

Wir widersprechen!

Am 5. Februar 2013 folgte der offiziell Bundesverteidigungsminister genannte Thomas de Maiziere (CDU) der Einladung des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer in das DGB-Haus, um dort gemeinsam vor die Medien zu treten. „Die Bundeswehr ist ein Teil der Friedensbewegung“, erklärte de Maiziere, und Michael Sommer widersprach nicht.

WIR WIDERSPRECHEN!

Die Bundeswehr, aufgebaut von der Nazigeneralität, entgegen dem Potsdamer Abkommen von 1945 und gegen den Widerstand der Arbeiter- und Friedensbewegung, war und ist kein Teil der Friedensbewegung im Gegenteil. Sie war und ist ein Instrument der deutschen Banken und Konzerne, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Sie war und ist ein Instrument, um deren Interessen weltweit abzusichern – wie es inzwischen jeder – auch Michael Sommer – in den „verteidigungspolitischen Richtlinien“ nachlesen kann. „Das Verhältnis zwischen bewaffneter Macht und Arbeiterbewegung ist historisch belastet, das ist es heute nicht mehr“, erklärte Michael Sommer.

WIR WIDERSPRECHEN!

Die Arbeiter- und Friedensbewegung hat zu Recht gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg gekämpft. Tausende Kolleginnen und Kollegen sind deswegen mit Verfolgung und Gefängnisstrafen belegt worden. Und heute zeigt jeder Tag erneut, wie belastet das Verhältnis zwischen bewaffneter Macht und Arbeiterbewegung ist. Um nur ein paar Schlaglichter zu nennen:

Weltweite Kriegseinsätze: Seit 1991 wird in immer offenerer Form die Aufgabe der „Bundeswehr“ als weltweit einzusetzendes Instrument zur Sicherung der deutschen Kapitalinteressen festgeschrieben. Die deutsche Armee ist längst keine „Bundeswehr“ mehr, sondern entgegen ihrem grundgesetzlich niedergeschriebenen Auftrag eine weltweite Einsatzarmee, die in 12 Ländern mit fast 9000 Soldaten Krieg gegen andere Völker führt. Thomas de Maiziere erklärt, prinzipiell gebe es keine Region mehr, in der Deutschland nichts zu suchen habe (MDR Info 1.7.2012). Es sind unsere Söhne und Töchter, die hier für die Interessen des deutschen Kapitals verheizt werden!

Einsatz in Klassenzimmern: Trotz aller Proteste werden vermehrt Bundeswehrangehörige eingesetzt, um bereits unsere Kinder für das Töten und Sterben zu werben, 2012 wurden an deutschen Schulen 334.000 Schüler dem Einfluss von Bundeswehrjugendoffizieren und Wehrdienstberatern ausgesetzt, mit 30.000 Vorträgen und Seminaren wurden Lehrer und andere Multiplikatoren herangezogen, Tendenz steigend – hinzu kommen öffentliche Rekrutengelöbisse, Beförderungssappelle, Auftritte auf Messen, Volksfesten etc.!

Der Einsatz der Bundeswehr gegen das eigene Volk wird mit dem flächendeckenden Netz der Heimatschutzkommandos seit 2006 systematisch aufgebaut, durch de Maizieres Konzeption der Reserve mit Masse gefüllt; seit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil vom Juli 2012 wird sogar dem bewaffneten Einsatz gegen das eigene Volk Tür und Tor geöffnet – der klarste Beweis, dass von einem „unbelasteten Verhältnis“ keine Rede sein kann!

Vorsorglich senden wir Dir aber unsere Broschüre, in der Du die VPR im Wortlaut nachlesen kannst! Zu all dem schweigt Michael Sommer nicht nur, sondern behauptet entgegen allen Beschlüssen des DGB, dass der DGB keine Position gegen die zunehmenden Auslandseinsätze der Bundeswehr, gegen den Afghanistan-Krieg hätte. Mehr noch, im klaren Widerspruch zur Satzung des DGB erklärt Sommer: man müsse alles dafür tun, „die Soldaten anständig auszurüsten“, was einem Freibrief zur Aufrüstung gleichkommt.

WIR DAGEGEN ERKLÄREN:

Wir müssen alles dafür tun, um gegen diesen Schulterschluss des DGB mit der deutschen Kriegspolitik die alte und wieder hochaktuelle Erkenntnis zu setzen:

„Bei der Masse der arbeitenden Männer und Frauen liegt die Entscheidung über Sein oder Nichtsein des heutigen Militarismus.“

Rosa Luxemburg (1871–1919)

Wir werden deswegen nicht nachlassen, gerade in den Gewerkschaften um diese Erkenntnis zu kämpfen. Und Dich, Michael, erinnern wir an das Schicksal Deines Amtskollegen Christian Fette, der auf dem 2. DGB-Bundeskongress 1952 abgewählt wurde, weil er sich entgegen den Beschlüssen des DGB für die Remilitarisierung verwenden ließ! München, 16. Februar 2013 Arbeitstreffen der Initiative Frauenfriedenskonferenz

Der Aufruf der Frauensfriedenskonferenz kann unterzeichnet werden unter:

<http://www.notstand-der-republik.de/>

weitere Informationen zur Konferenz unter: <http://medien-kunst-industrie-bayern.verdi.de/frauen/frauenfriedenskonferenz>

Die FDJ dokumentiert: Beschluss der Delegiertenversammlung gegen gemeinsame Erklärung von DGB und Bundeswehr

IG Metall Frankfurt



Es darf keine gemeinsame Erklärung des DGB mit der Bundeswehr geben, die vom DGB-Bundesvorsitzenden Michael Sommer mit dem deutschen Verteidigungs- bzw. Kriegsminister de Maiziere auf der DGB-Bundesvorstandssitzung am 5.2.2013 angekündigt wurde. Ebenfalls darf es keine enge Zusammenarbeit zwischen dem DGB und der Bundeswehr geben. Die Gegensätze zwischen den Gewerkschaften, die für den Frieden eintreten und der Bundeswehr, die seit Jahrzehnten Kriege führt, bleiben bestehen und sind unüberbrückbar. Die Aufgabe der Gewerkschaften bleibt weiterhin der Kampf gegen den Krieg der Bundeswehr im In- und Ausland durch die Aufklärung der Gewerkschaftsmitglieder und der Beschäftigten sowie durch Aktionen in den Betrieben und auf den Strassen der Republik. Der Vorstand der IG Metall ist aufgefordert, in diesem Sinne zu handeln.

Begründung:

Auf Einladung des DGB nahm Verteidigungs- bzw. Kriegsminister de Maiziere an der DGB-Bundesvorstandssitzung am 5.2.2013 teil. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz kündigten Michael Sommer vom DGB und de Maiziere die

Erarbeitung einer gemeinsamen Erklärung von DGB und Bundeswehr an und sprachen sich für eine vertiefte Zusammenarbeit aus, da es ihrer Meinung nach keine Gegensätze zwischen der organisierten Arbeiterbewegung und dem deutschen Militär mehr gebe. Wir stellen jedoch fest: Die Bundeswehr führt Kriege in aller Welt. Auch die Kanzlerin und das Kriegsministerium sprechen vom deutschen Krieg in Afghanistan. Das ist angesichts zweier Weltkriege, in denen insbesondere Millionen Arbeiter ihr Leben verloren, für die organisierte Arbeiterbewegung nicht hinnehmbar und das ist auch grundgesetzwidrig. Der deutsche Bundeswehr-Oberst Klein hat in Kundus/Afghanistan den Beschuss eines Tanklusters veranlasst mit dem Tod von über 160 Menschen, inklusive von Dutzenden von Kindern, deren Tod er bewusst in Kauf nahm, wie aus einem Untersuchungsbericht hervorgeht. Der Oberst wurde dafür nicht verurteilt, sondern zum General befördert. Die Bundeswehr kann auch bewaffnet im Inland gegen Streikende und die eigene Bevölkerung eingesetzt werden, was von den Soldaten ständig geübt wird und wofür die Bundeswehr einen Übungsplatz für den Bürgerkrieg in Schnöggersburg bei Halle aufgebaut hat. Mit 500 Häusern, Straßen und Fabrikhallen.

Auch eine U-Bahn gibt es dort und dies zeigt, dass der Bürgerkrieg im eigenen Land gegen uns geübt wird, denn U-Bahnen gibt es in Afghanistan nicht sehr zahlreich.

Weitere Beschlüsse gegen eine gemeinsame Erklärung von DGB und Bundeswehr wurden unter anderem am 11.3.2013 von der Delegiertenversammlung der IG Metall Offenbach und auf dem GEW Gewerkschaftstag in NRW im April gefasst. Auch auf der Bundesjugendkonferenz Junge-Bau wurde im März ein entsprechender Antrag gestellt. Auch wenn dieser nur die einfache, aber nicht die notwendige absolute Mehrheit erhalten hat, so war es auch dort ein notwendiger Anfang, die Gewerkschaftsjugend nicht dem Apparat auf seinem Kriegskurs zu überlassen.

Diese und weitere Anträge und Beschlüsse findet ihr unter: www.FDJ.de.

Schaut sie Euch an, gebt sie weiter und prüft, ob ihr selbst einen anstoßen könnt.

Die DGB-Führer unterstützen das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus und Militarismus -

Die Arbeiterklasse kämpft gegen die Remilitarisierung und für den Frieden.

1945 lag Hitlerdeutschland am Boden. Die Völker der Welt hatten den Sieg über den faschistischen deutschen Imperialismus errungen. Doch schon bald machten sich die Konzernherren, die Kanonenkönige in trauter Zusammenarbeit mit den westlichen Besatzungsbehörden daran ihre verlorene Macht wieder zu gewinnen. Statt Entnazifizierung und konsequente Demokratisierung aller Bereiche der Gesellschaft, wollten sie wenigstens in einem Teil Deutschlands die Macht der Kapitalisten erhalten und Westdeutschland in ein Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion und die im Kampf gegen den Faschismus entstandenen volksdemokratischen Länder machen. Die Kapitalisten lieferten dafür einen Teil unseres Landes an den Dollarimperialismus aus. Sie verrieten einen Teil Deutschlands an die westlichen Besatzungsmächte. Wie schon 1933 gaben sie die deutsche Nation, das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes ihren imperialistischen Machtgelüsten preis. Mit ihrem Landesverrat spalteten sie auch die deutsche Arbeiterbewegung. In der sowjetischen Besatzungszone, der späteren DDR wurde der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) als Einheitsgewerkschaft aller Arbeiter und Angestellten aufgebaut. Der FDGB beteiligte sich aktiv an der Entnazifizierung, an der Ausrottung der Wurzeln von Krieg und Faschismus sowie am Aufbau einer neuen demokratischen Ordnung. Der FDGB war eine klassenbewusste Gewerkschaft, die ihre Mitglieder im Geist des Klassenkampfes und der internationalen Solidarität erzog. Im Westen verlief es etwas anders. Als Sekretär des Gewerkschaftsrates wurde von 1947-1949 Fritz Tarnow¹ eingesetzt. Schon 1944 bereitete ihm der Gedanke, wie er in Deutschland nach dem Krieg die Einheit der Gewerkschaftsbewegung verhindern könnte, schlaflose Nächte.

In einem Brief schrieb er: „Wir müssen dies (Anm: die Einheitsgewerkschaft) um jeden Preis zu verhindern trachten, da es den Kommunisten die Möglichkeit geben würde, die Gewerkschaften zu beherrschen. Daher müssen wir jetzt mit den britischen und amerikanischen Stellen die geeigneten Vorbereitungen treffen, damit wir so schnell wie möglich zurückkehren können, um die Entwicklung antikommunistischer Gewerkschaften zu leiten. Wir dürfen auf die Mitarbeit der Militärbehörden rechnen können, da es ebenso in ihrem wie in unserem Interesse liegt.“² In diesem Sinne bauten Funktionäre wie Tarnow, in Zusammenarbeit mit den ausländischen Imperialisten, im westlichen Teil unseres Landes die Gewerkschaften auf.



Frankfurt am Main, 3. Juni 1951: Kundgebung junger westdeutscher Metallarbeiter gegen die Aufstellung der Bundeswehr und für den Abschluss eines Friedensvertrages

Die Arbeiterklasse in der BRD im Kampf gegen den deutschen Militarismus

Auf der 1. Jugendtagung der IG Bergbau am 24. November 1950 sprach der damalige Bundespräsident Theodor Heuss, der 1933 im Reichstag für Hitlers Ermächtigungsgesetze stimmte, über den bevorstehenden Aufbau der Bundeswehr. Die Gewerkschaftsjugendlichen riefen ihm daraufhin im Sprechchor zu: „Wir wollen keine Soldaten sein- Theodor geh du allein!“ 1951 entstanden in den Betrieben, Städten und Gemeinden Volksbefragungsausschüsse gegen die Remilitarisierung. Die Volksbewegung gegen die erneute Aufstellung einer Angriffsarmee nahm immer gewaltigere

Ausmaße an. Bei Volksabstimmungen, die trotz Verbot durch die volksfeindliche und antinationale Adenauer-Regierung durchgeführt wurden, sprachen sich trotz Einschüchterungsversuche von Polizei und Verleumdung durch rechte SPD-Führer und Gewerkschaftsfunktionäre, in ganz Westdeutschland über 90% der Befragten gegen die Bundeswehr aus. Vor den Kruppwerken und vor vielen anderen Betrieben sammelten Arbeiterfrauen, trotz eines riesigen Polizeiaufgebots, zehntausende Unterschriften. In machtvollen Demonstrationen forderten die Arbeiter am 1. Mai 1952 das Verbot der Wiederaufrüstung. Am 11. Mai wird auf einer Friedensdemonstration der Gewerkschaftsjugendliche und Kommunist, unser Genosse Phillip Müller von der westdeutschen Polizei erschossen. Der Kampf gegen die Restauration des deutschen Imperialismus und Militarismus hatte sein erstes Todesopfer gefordert. „Sogar angesichts dieses Mordes erzählten die

DGB-Führer, die Kämpfe gegen die Remilitarisierung seien überflüssig, weil sie ja Neuwahlen für den Bundestag beantragt hätten und an das Bundesverfassungsgericht einen Verbotsantrag gegen die Remilitarisierung gestellt hätten.“³ Kurze Zeit später wurde mit der Ratifizierung der „Pariser Verträge“ der Weg für die Aufstellung einer westdeutschen Armee mit

500 000 Soldaten und ihre Eingliederung in die vom US-Imperialismus geführte Nato geebnet. Allerdings nicht ohne Widerspruch aus den Gewerkschaften. So trat z.B. die Landesbezirkskonferenz des DGB in Bayern, die 900 000 Gewerkschaftsmitglieder vertrat, an den Bundesvorstand mit der Forderung nach einer Volksabstimmung über die Pariser Verträge heran. Die Gewerkschaftsführer ignorierten das Anliegen der Kollegen und schlugen stattdessen vor, der bayerische DGB sollte doch Unterschriften sammeln! Gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen wie z.B. einen Streik lehnten sie ohnehin ab. Nach der Verabschiedung der Pariser Verträge bezeichneten die Vorstände des DGB sie sofort als ein „verpflichtendes Gesetz“.

1952 forderte das Vorstandsmitglied Hans von Hoff die Ausweitung der westdeutschen Rüstungsproduktion. Genauso wie ein anderer Funktionär, stellte sich von Hoff offen hinter die Kriegspolitik Adenauers. 1952 wurden die beiden auf dem 2. ordentlichen DGB Bundeskongress für ihre Verteidigung des Militarismus und ihre gewerkschaftsfeindlichen Positionen scharf kritisiert. In den Bundesvorstand wurden die beiden nicht mehr gewählt.

Als in den 60er Jahren die Notstandsgesetze beschlossen wurden, die schon damals den Einsatz der Bundeswehr gegen Streikende und Demonstranten erlaubten, versuchte der DGB zwar auf die Abgeordneten des Bundestages Druck auszuüben, die Verabschiedung zu verhindern, organisierte Kongresse und Demonstrationen. Erklärte aber dann nachdem 1968 die Notstandsgesetze verabschiedet wurden: „Der Bundesvorstand des DGB lehnt einen allgemeinen Streik (Generalstreik) zur Verhinderung der Notstandsgesetze ausdrücklich ab, denn er hält es für einen Verstoß gegen die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie, gegen einen mit großer Mehrheit gefassten Beschluss des Bundestages zum Streik aufzurufen. [...] Jedem Missbrauch der Notstandsgesetze wird der DGB mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln begegnen.“ Diese Erklärung war eine große Enttäuschung für alle demokratischen Kräfte in der BRD. Hunderttausende kampftenschlossener Arbeiter forderten, dass den Worten des IG Metall Vorsitzenden Brenner endlich Taten folgen würden: „Wir werden nicht vor der Anwendung des politischen Streiks zurückschrecken wenn es gilt, die Demokratie zu verteidigen.“ Den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern war das egal. Sie ebneten lieber der SPD, in der sie selbst im Vorstand drinsäßen, den Eintritt in die Regierung und schlossen sich offen der Politik der Bourgeoisie an. Den Gewerkschaftsmitgliedern erzählten sie, dass sie ja immerhin erreicht hätten, „dass es nicht zu der viel weitergehenden Einschränkung der Grundrechte gekommen ist.“ Man habe schließlich nicht mehr tun können, aber immerhin das schlimmste verhindert!

1981 vollzogen die rechten Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung öffentlich

den Schulterchluss mit dem Militär. In einer gemeinsamen Resolution von DGB und der Bundeswehr hieß es: „Im Gegensatz zu langen Epochen der deutschen Geschichte, in der sich bewaffnete Macht und organisierte Arbeitnehmerschaft feindselig gegenüberstanden, betrachten heute Bundeswehr und Gewerkschaften es übereinstimmend als ihre Aufgabe, unseren freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu erhalten und die vom



Grundgesetz gewährleistete Freiheit politischer und sozialer Selbstverwirklichung zu schützen.“ DGB und Bundeswehr übernehmen eine „unverzichtbare Funktion“ für das deutsche Gemeinwesen, die es notwendig mache, dass „Staatsführung, Parlament und Gesellschaft der Bundeswehr zur Erfüllung ihrer Aufgabe zur Seite stehen.“ Man sprach sich für „wechselseitiges Vertrauen“ aus und habe jeweils „Achtung vor dem Auftrag des anderen“.⁴

1990 erreichte der deutsche Imperialismus mit der Annexion der Deutschen Demokratischen Republik sein erstes Etappenziel bei seiner „weltpolitischen Mission“. Der FDGB der DDR wurde kurz zuvor abgewickelt. 1999 führte dann das imperialistische Deutschland zum dritten Mal Krieg gegen Jugoslawien. Bereits einen Tag vor Beginn der Bombenangriffe auf Belgrad gab der damalige DGB-Vorsitzende Dieter Schulte sein Einverständnis zum Krieg.

Ein Mandat der Gewerkschaftsmitglieder hatte er dafür nicht. Obwohl das im schärfsten Gegensatz zu den Grundsätzen des DGB stand, gab es aus den Reihen der Gewerkschaften kaum Widerstand. Am 6. April 1999 segnete der Bundesvorstand die Unterstützung des Krieges dann mit einer Erklärung ab, die die erfundenen Lügen der von der SPD geführten Bundesregierung übernahm, um den Kriegseintritt der BRD zu rechtfertigen.⁵

Als in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sich auf die Seite der Bourgeoisie geschlagen haben, konnten sie das noch nicht tun, ohne dass es heftigen Protest aus der Arbeiterschaft und den demokratisch gesinnten Schichten des Kleinbürgertums gab. Heute ist das nicht mehr so. Der Kriegsminister hat leider vollkommen recht, wenn er nach seinem Gespräch mit dem DGB-Vorstand zufrieden feststellt: „Wir haben nicht mehr die Kämpfe der 50er und 60er Jahre“.⁶

Burgfrieden mit der Bourgeoisie statt Kampf gegen den Krieg- „Da machen wir wahr was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“⁷

Vergessen wir niemals: In der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung geschieht es nicht zum ersten Mal dass die Führung unserer Gewerkschaften nicht nur nichts unternimmt um die Arbeiterklasse zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu mobilisieren, sondern sich auch noch der Kriegspolitik der Bourgeoisie geradezu unterwürfig anbietet! Noch vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges verabschiedeten die Führer der SPD und der Gewerkschaften eine Resolution in der es hieß, dass man in dem Fall, dass die Imperialisten es wagen sollten den Krieg zu entfachen, für das schnellstmögliche Ende des Krieges und für den Sturz des Kapitalismus kämpfen müsse. Als dann am 1. August 1914 die deutschen Kapitalisten den Krieg entfesselten, befragten sozialdemokratische Gewerkschaftsführer am darauf folgenden Tag das Reichsministerium des Inneren, was denn nun mit den Gewerkschaften im Krieg geschehen würde. Sie bekamen zur Antwort: „Wir denken nicht daran ihnen zu Leibe zu gehen, falls sie uns keine Schwierigkeiten machen, denn wir sind froh so große Organisationen der Arbeiterklasse zu haben, auf die sich die Regierung bei den Notwendigen Hilfsaktionen stützen kann.“⁸ Am 2., 5. und 17 August 1914 beschlossen dann die sozialdemokratischen Funktionäre alle laufenden Streiks abzubrechen und die Gewerkschaftsmitglieder dazu aufzurufen den Krieg zu unterstützen. Sie glaubten so zu verhindern, dass die Partei und die

Gewerkschaften während des Krieges verboten und Zerschlagen werden. Doch anstatt die Organisationen der Arbeiterklasse zu retten, verwandelten sie sie zu aktiven Gehilfen der imperialistischen Bourgeoisie. Aus einer Organisation der Arbeiter zum Kampf gegen die Unternehmer wurde ein Unterstützungsverein der kriegslüsternten Kanonenkönige, Industriefürsten und Großgrundbesitzer! Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die deutschen Gewerkschaften bildeten hier keine Ausnahme. Nahezu alle Organisationen der Arbeiterklasse der in den Krieg verwickelten Länder, die von rechten Sozialdemokraten geführt wurden, fanden sich mit Ausbruch des Krieges an der Seite ihrer Ausbeuter im eigenen Land und im Schlachtfeld gegen ihre Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Ländern wieder. „Ohne auf den Verrat der Gewerkschaften der anderen kriegführenden Länder einzugehen - eine Ausnahme bildeten die Gewerkschaften in Russland, Italien, Bulgarien, Serbien und Rumänien die der Arbeiterklasse und der internationalen proletarischen Solidarität treu blieben - kann man heute mit vollem Recht behaupten, wenn es den Kapitalisten beider kriegführender Lager gelang, den Weltenbrand zu entfachen, ihre Völker in den Krieg hineinzureißen, wenn es ihnen vor allem gelang, in den vier Jahren solche gigantischen Kräfte zu entfalten, so ist das in erster Linie auf dem Umstand zurückzuführen, dass sie zur rechten Zeit verstanden haben, die Gewerkschaften mit ihren Millionen Arbeitern für ihre imperialistische Sache zu gewinnen und sie in den Dienst ihrer kriegsrischen Eroberungspolitik zu stellen.“⁹

Dieses dunkle Kapitel der deutschen Arbeiterbewegung darf sich nie mehr wiederholen! Unsere Organisationen dürfen nie wieder den Kriegstreibern überlassen werden!

1990 marschierte die Bundeswehr das erste mal, nach der Niederschlagung des deutschen Imperialismus, in ein souveränes Land, die Deutsche Demokratische Republik, ein. Sie wickelte die Nationale Volksarmee (NVA) ab, die den Bonner Kriegsbrandstiftern 40 Jahre lang Grenzen setzte. Die Bundeswehr führt wieder Krieg gegen die Völker der Welt und wird zu einer globalen Interventionsarmee, im Interesse

der Banken und Konzerne, umgebaut. Sie rekrutiert Kinder und Jugendliche für das Kriegshandwerk. In besonderem Maße wird dabei die Jugend der annektierten DDR den Häschern des Militarismus ausgeliefert. Die Bundeswehr wird vorbereitet, jede Bewegung die sich gegen die herrschenden Verhältnisse in der BRD und in der annektierten DDR richtet, notfalls mit Waffengewalt niederzuschlagen.

Mit einer solchen Armee kann es keine Gespräche und keine Gemeinsamkeiten geben! Der deutsche Imperialismus rüstet zum dritten Weltkrieg. Verschließen wir davor nicht unsere Augen!

Keine Gemeinsame Erklärung von DGB und Bundeswehr!

Sofortiger Abbruch aller Gespräche!

Der DGB und die Einzelgewerkschaften müssen im Sinne ihrer Beschlüsse handeln. Die Gewerkschaften müssen alles in ihrer Macht stehende tun um die Militarisierung der Gesellschaft und den Kriegskurs des deutschen Kapitals zu stoppen!

Machen wir die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse!

Marius



**Der Prolet steht Jahr und Tag im Kriege
In der großen Klassenschlacht
Und er blutet und zahlt bis zu seinem Siege.
Der ihn für immer zum Herren macht.**

**Dreck euer Krieg!
So macht ihn doch allein!
Wir drehen die Gewehre um
Und machen einen anderen Krieg.
Das wird der richtige sein.**

(aus „Krieg eurem Krieg“ von Bertolt Brecht)

1) Fritz Tarnow blickte bereits während der Weimarer Republik auf eine Karriere als Gewerkschaftsfunktionär zurück. Schon damals hat er sich bei den Arbeitern unruhlich ins Gedächtnis gebrannt. So fuhr er z.B. 1925 mit einer Delegation in die USA und ließ sich von dem Automobil-Kapitalisten Henry Ford in „sozialistischer Wirtschaftspolitik“ unterrichten. Als in Deutschland der Faschismus zur Macht kam, emigrierte er in die USA. Dort ließ er sich weiter in „sozialistischer Wirtschaftspolitik“ unterrichten und kehrte 1945 nach Deutschland zurück.

2) 25 Jahre DGB-Menschlichkeit und sozialer Fortschritt?, Herausgegeben vom ZK des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD

3) ebenda

4) German Foreign Policy „Entspanntes Verhältnis“

5) „Bislang sind alle Versuche gescheitert die serbische Staatsführung auf dem Verhandlungsweg zum Einlenken zu bewegen. Stattdessen hat sie schon während den Verhandlungen in Rambouillet das Morden und die Vertreibung ganzer Volksgruppen im Kosovo fortgesetzt. Der DGB verurteilt nach wie vor mit aller Schärfe die ethnischen Säuberungen und die Massenmorde im Kosovo. Vor diesem Hintergrund hat der DGB den vom Deutschen Bundestag gefassten Beschluss respektiert, die Nato dabei zu unterstützen, durch den Einsatz von Streitkräften Verhandlungsergebnisse zu erzwingen.“

6) Neues Deutschland 06.02.2013 „DGB jetzt Teil der Truppe“

7) Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Reihe II Band 1 1914-1917, Erklärung von Hugo Haase im Namen der SPD-Fraktion zur Bewilligung der Kriegskredite in der Reichstagssitzung vom 4. August 1914

8) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 2, Dietz Verlag Berlin 1966

9) Georgi Dimitroff „Die Aufgaben der Arbeitergewerkschaften“